



Die Offene Linke im
Ansbacher Stadtrat
Boris-André Meyer

An

Frau Oberbürgermeisterin Carda Seidel

Joh.-Seb.-Bach-Platz 1

91522 Ansbach

Ansbach, 09.10.11

Antrag: Sozialpolitischen Spielraum bei Mobilität in Ansbach schaffen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

am 27.07.11 beschloss der Fürther Stadtrat einstimmig, beim VGN wie folgt beantragen:
„Jedes Mitglied im VGN ist berechtigt, ein Sozialticket ohne Ausgleichszahlungen an den VGN einzuführen. Es erfolgen unter den Mitgliedern des VGN bei Einführung eines Sozialtickets keine Ausgleichszahlungen.“

Der Stadtrat der Stadt Ansbach möge beschließen:

Die Stadt Ansbach unterstützt im Grundvertragsausschuss des VGN und ggf. in weiteren zuständigen VGN-Gremien den o.g. Antrag der Stadt Fürth. Über das Beratungsergebnis ist dem Stadtrat zu berichten.

Begründung:

Die bisher im VGN vorgesehenen Ausgleichszahlungen für die Ausgabe von Sozialtickets seitens der Mitgliedskommunen würden Städte und Gemeinden im Verbund, die auch sozial benachteiligten Menschen den Zugang zu Mobilität als Ausdruck öffentlicher Daseinsfürsorge verschaffen wollen, finanziell stark belasten. Diese Ausgleichszahlungen sind somit ein Hindernis für eine dezentrale Organisation der Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an einem guten ÖPNV vor Ort.

Die ohne Mitwirkung des Stadtrats bereits beschlossene kräftige Fahrpreiserhöhung zum 01.01.12 bedeutet zudem, dass trotz der Angebotsverbesserung im Ansbacher ÖPNV eine Stagnation des Umsatzes erwartet, d.h. die Auslastung infolge der Preissteigerung merklich zurückgehen wird. Sozial benachteiligten Teilen der Bevölkerung wird der Zugang zu Mobilität jenseits Fahrrad- und Fußgängerverkehr zukünftig erheblich erschwert bis hin zu einem faktischen Ausschluss vom ÖPNV. Betroffen sein werden gerade MitbürgerInnen mit niedrigem Einkommen und kleinen Renten, die gezwungen sind, besonders preiselastisch zu reagieren.

Die Einführung eines Sozialtickets bedeutet somit nicht nur die Sicherung eines guten ÖPNV für alle Ansbacherinnen und Ansbacher, sondern auch eine zentrale Stellschraube in Richtung einer höheren Auslastung und folglich eines niedrigeren Zuschussbedarfs der öffentlichen Verkehrsmittel unserer Stadt.

Um als Kommune künftig mehr sozialpolitischen Spielraum mit Blick auf die Mobilität zu erlangen, ist die Unterstützung des Antrags der Stadt Fürth beim VGN durch die Stadt Ansbach ein wichtiger Schritt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Boris-André Meyer

Stadtrat